

150 Jahre Hildegard Wegscheider (geboren am 2. September 1871 Berlin – gestorben am 4. April 1953 Berlin)

Autor: DR. SIEGRFIED HEIMANN

Lern- und Wanderjahre im Kaiserreich

Am 2. September 1871 wurde Hildegard Ziegler, spätere Wegscheider, in Berlin geboren. Beide Großväter waren demokratisch-liberal gesonnene Gymnasialdirektoren und auch ihre Eltern waren „ausgesprochene Bismarck-Gegner“ - wie Wegscheider in ihren Erinnerungen stolz anmerkt. Ihr Vater, zunächst als „Hilfslehrer“ am Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin tätig, war ein liberaler Theologe. Eine zu freie Auslegung einer Bibelstelle führte zu seiner Entlassung als Lehrer, hatte jedoch zur Folge, dass er von der Liegnitzer Kirchengemeinde zum Pastor gewählt wurde.¹ Nach seiner Ordination trat er seine Stelle an und wurde bald ein Sprecher eines liberalen Kreises in Liegnitz, für den es selbstverständlich war, dass auch Juden willkommen waren. Hildegards Mutter war sehr streng zu ihr. „Sie war“ – so schrieb sie später – „so streng zu mir, daß ich lange Jahre nicht geglaubt habe, daß ich ihr Kind sei“. Die Eltern erkannten ihre große Begabung und die Mutter verlangte daher, dass sie stets „die Beste in der Klasse“ zu sein habe.

Diesem Anspruch wurde Hildegard Wegscheider immer wieder gerecht. Sie war die erste erfolgreiche Abiturientin in Preußen (in der weit von Berlin entfernten preußischen Enklave Sigmaringen), die erste Studentin, die erfolgreich promovierte (freilich nicht in Berlin, sondern in Halle) und später die erste Oberschulrätin in Preußen (und wohl auch die einzige). Sie sollte und wollte Lehrerin werden. Sie las noch als Schülerin „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel (sie fand das Buch, das noch verboten war, auf dem Nachttisch ihrer Mutter). Die Lektüre hatte einschneidende Folgen für sie: „Die Pfarrerstochter trat aus der Kirche aus, der ihr anverlobte Theologe verstand die Welt nicht mehr und verließ die junge Braut“ (Bettina Michalski, S. 251). Das Studium – zunächst ohne Abitur – musste sie aber in der fernen Schweiz – in Zürich – beginnen, wo sie sich auch auf das preußische Abitur vorbereitete. Einen Tag nach der Immatrikulation an der Universität wurde sie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Zunehmend beschäftigte sie sich mit Geschichte. 1947 erinnert sie sich: „Ein kleiner Kreis von uns las damals mit Hingebung Marx. Dabei fielen uns doch eine ganze Reihe von Schuppen von den Augen.“ Nach vier Semestern Studium in Zürich stellte sie beim preußischen Kultusminister den Antrag auf Zulassung zum Abitur. Die Zeit war reif. Helene Lange hatte mit ihren Realgymnasien-Kursen für Frauen Vorarbeit geleistet. Hildegard Wegscheider erhielt die Zulassung – weit weg von der Hauptstadt im katholischen Sigmaringen. Die Schüler des Gymnasiums waren begeis-

¹ Die folgende Darstellung folgt vor allem den Erinnerungen von Hildegard Wegscheider, wie sie im ersten Jahrgang der Zeitschrift „Das Sozialistische Jahrhundert“ erschienen sind. Vgl. Hildegard Wegscheider Weite Welt im engen Spiegel. Erinnerungen, erschienen in Fortsetzungen in der Zeitschrift. Das Sozialistische Jahrhundert, hrsg. von Louise Schroeder und Otto Suhr 1946- 1950, die Erinnerungen von Hildegard Wegscheider im Jahrgang 1, November 1946 – Oktober 1947. Daraus alle wörtlichen Zitate, wenn nicht anders angegeben. Die Erinnerungen sind 1953 in Berlin als Buch erschienen. Dieselbe Quelle benutzte auch Bettina Michalski in ihrem hervorragenden Buch: Louises Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, Bonn 1996, S. 244 – 253.

tert und versprochen Hilfestellung. Sie hielten Wort. In der Stadt sprach man bald von „unserer Abiturientin“. Die Prüfung war nicht leicht, aber dann war sie die erste Abiturientin in Preußen. Der Sigmaringer Hohenzollernfürst lud sie zu einer Audienz, „aber soviel ‚Stolz vor Fürstenthronen‘ besaß ich denn doch als Sozialdemokrat, daß ich da nicht hinging!“

Die Zulassung zum Geschichtsstudium an einer preußischen Universität war nicht leicht zu erreichen. In Berlin lehnte der Dekan der Universität – ein gewisser Treitschke – die Immatrikulation ab, da man sich mit ihr „nicht besaufen“ könne. So studierte und promovierte sie schließlich im März 1898 in Halle zum Dr.phil. Sie notierte voller Stolz: „Zum erstenmal stand ich in der Zeitung und der Kladdaradatsch spendete mir sogar ein Gedicht“.

Sie war froh nun endlich nach Berlin zurückzukehren. Sie unterrichtete in den Gymnasialkursen von Helene Lange, hielt Vorträge über Kulturgeschichte und wurde nun auch aktiv in der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Allerdings in einer Vorfeldorganisation der SPD, der nur eine Minderheit der Arbeiterpartei zu folgen bereit war. Sie wurde aktiv und bald auch führend im „Arbeiter-Abstinentenbund“, die die Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter“ herausgab und in der Hildegard Wegscheider viel schrieb. Im Arbeiter-Abstinentenbund lernte sie auch Dr. Max Wegscheider kennen. Sie heirateten im Jahre 1899. Durch die Heirat kam es zu einer Zäsur in ihrer beruflichen Karriere. Die Leiterin der Gymnasialkurse Helene Lange meinte, eine verheiratete Lehrerin nicht weiter beschäftigen zu können. Wegscheider hatte im Rückblick sogar Verständnis für Helene Lange, brauchte diese doch für ihre Arbeit die Unterstützung konservativer-adliger Kreise, die sich eine verheiratete Frau als Lehrerin nicht vorstellen konnten. Sie nahm den Verlust ihrer Arbeit als neue Herausforderung: „es mußte für die verheiratete Lehrerin gekämpft werden“. Wegscheider gab zunächst Privatstunden, um Schülerinnen auf das Abitur vorzubereiten, fand aber bald Kontakt zu Minna Cauer und ihrem Verein „Frauenwohl“. Mit Hilfe dieses Vereins gründete Hildegard Wegscheider „die erste Schule für schulpflichtige Mädchen mit gymnasialem Unterricht in Charlottenburg“. Im Jahre 1900 wurde sie Mutter und erlebte „den Konflikt zwischen Mutterschaft und Berufsarbeit, wenn auch natürlich in leichter Form als die Fabrikarbeiterin“. Die Schule wurde unter Mühen anerkannt, sie selbst aber wurde, als sie erneut schwanger geworden war, „aus Gründen der Sittlichkeit“ sofort aus der von ihr gegründeten Schule entlassen.



Hildegard Ziegler (1871–1953).
In: [Illustrierte Zeitung](#). Band 112,
Nr. 2903, Leipzig und Berlin, 16.
Februar 1899, S. 197

Wegscheider hielt nun wieder gut besuchte Vorträge, wurde Dozentin an der Humboldt-Akademie für Erwachsenenbildung und engagierte sich mit großem Erfolg in der SPD. Auf dem SPD-Frauenkongress 1904 in Berlin hielt sie ihre ersten politischen Reden, die großen Beifall fanden. Sie wurde immer wieder eingeladen und reiste von Vortrag zu Vortrag durch Deutschland. Sie

fand viel politische Anerkennung, aber darüber zerbrach ihre Ehe. Die beiden Söhne blieben nach der Scheidung bei ihr.

Sie machte – erst seit kurzem war es möglich – das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen und fand eine Stellung als „Oberlehrerin“ an einer Simultanschule mit mehrheitlich evangelischen Schüler_innen im katholischen Bonn. Sie blieb bekennende Sozialdemokratin, durfte aber nicht an politischen Versammlungen teilnehmen, die Schulleitung hatte es verboten. Dafür engagierte sie sich umso mehr - „abstinent am Rhein“ – im Kampf gegen den Alkoholismus. Der Beginn des Weltkrieges kam für die Familie überraschend. Wegscheider hielt mit ihrer Ablehnung des Krieges nicht hinter dem Berg, besonders nach 1917, als sie offen den Diktatfrieden von Brest-Litowsk kritisierte. Der ältere Sohn musste 1917 noch Soldat werden.

Das Kriegsende, lang ersehnt, war für Wegscheider mit einem nie verwundenen Schicksalsschlag verbunden. Der ältere Sohn kam kurz nach Kriegsende am 18. November nach Berlin, er verließ sein Truppe, um bei seinem Vater zu übernachten. Durch eine undichte Gasleitung erstickte er in der Nacht zum 19. November 1918, gerade 18 Jahre alt geworden. Hildegard Wegscheider reiste sofort in überfüllten Zügen mit ihrem zweiten Sohn nach Berlin. Sie brauchte lange Zeit, um den Tod ihres Sohnes zu verwinden.

Die Weimarer Republik und das preußische „Bollwerk der Demokratie“

Die SPD erwartete von ihr, politische Aufgaben zu übernehmen. Aber erst 1919 konnte und wollte sie daran denken. Sie wurde Stadtverordnete in Bonn und wenig später für das Rheinland Abgeordnete in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Seit November 1918 besaßen Frauen in allen parlamentarischen Vertretungen in den Ländern und im Reichstag das – lange vergeblich geforderte – aktive und passive Wahlrecht. Die Zahl der gewählten Frauen blieb allerdings sehr überschaubar. Das galt auch für die Preußische Landesversammlung und für den Preußischen Landtag. Jeweils nur etwa 5% waren Frauen. Die meisten Parlamentarierinnen (in allen Fraktionen) waren Lehrerinnen, Rektorinnen oder Schulrätinnen, die sich vor allem zu Fragen des preußischen Schulwesens zu Wort meldeten. Die Frage von Konfessionsschulen bzw. von Gemeinschaftsschulen war immer wieder Anlass zu parlamentarischem Streit. Die SPD-Fraktion besaß mit Hildegard Wegscheider eine energische Debattenrednerin, die sich sehr häufig zu Wort meldete, um sich für die in Berlin zahlreichen refor-

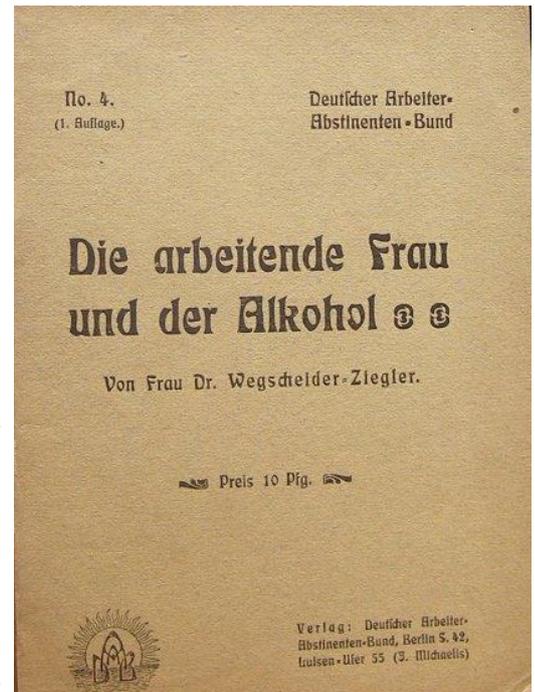


Foto: Manfred Isemeyer

pädagogisch orientierten Gemeinschaftsschulen zu streiten.² Die Debatten um die Annahme des Versailler Vertrages und die Unruhen während und nach dem Kapp-Putsch im März 1920 prägten Wegscheiders politischen Neubeginn nach Kriegsende. Demonstrierende Putsch-Gegner verhinderten, dass sie verhaftet wurde.

Danach begann für Wegscheider neben ihrer parlamentarischen Arbeit ein dorniger Weg in der preußischen Schulverwaltung. Am 16. August 1920 ernannte der preußische Wissenschaftsminister Konrad Haenisch sie zur Oberschulrätin am Provinzialschulkollegium. Das neue Amt war für Wegscheider eine Herausforderung, der sie mit Bangen entgegensah, aber, wie sie später schrieb: „Es war doch eine große Sache, als Sozialdemokrat und als Frau in diese als reaktionär bekannte Behörde einzutreten.“ Sie hatte die Aufsicht über alle Berliner und brandenburgischen Schulen und nicht wenige Direktoren ließen sie immer wieder spüren, wie unwillkommen sie bei den Schulbesuchen war. Aber sie setzte sich durch. Sie ließ es sich auch nicht nehmen, weiterhin Vorträge zu halten und an der Deutschen Hochschule für Politik war sie als Dozentin tätig.

Mit ihrem Sohn fand sie zunächst in Berlin bei Fritz Karsen Unterkunft, bis sie schließlich im Schulkollegium – ihrer Arbeitsstätte – eine kleine Wohnung fand und später zusammen mit ihrer Schwester und deren Kindern ein kleines Haus in Tempelhof mieten konnte. Neben ihrer Arbeit als Oberschulrätin und ihrer Tätigkeit als Abgeordnete im Preußischen Landtag hatte sie auch ihren Wahlkreis im fernen Schlesien zu betreuen. Sie tat es sehr gern, da sich in Liegnitz noch viele an den Namen ihres Vaters und auch an sie erinnerten. Sie knüpfte neue Kontakte, die auch nach 1933 nicht abrissen, und sie fand neue Freund_innen, denen sie auch nach 1933 beistehen konnte. Besonders „mit den Lehrern in der Fraktion, mit den Frauen verband mich eine mehr als nur kollegiale Freundschaft.“ Sie war und blieb auch wissenschaftlich arbeitende Reformpädagogin. „Am stärksten war die Bindung zu denjenigen Schulen, in denen ein eigener starker Wille zur inneren Schulreform vorhanden war. Unter diesen Schulen waren die Aufbauschulen besonders lebendig, sowohl die vierzehn Aufbauschulen Berlins als die ländlichen Aufbauschulen ... in Neuzelle und in Neuruppin“, die ihr unterstellt waren.

Nachdem nach den Landtagswahlen im Frühjahr 1932 die Abgeordneten der NSDAP-Fraktion immer dreistere Reden im Landtag führten, war es nicht zuletzt Hildegard Wegscheider, die versuchte, die NSDAP in ihre Schranken zu weisen. Sie bekannte sich ohne Abstriche zu einer sozialdemokratischen Reformpädagogik, wie sie in der Schulreform von 1925 verwirklicht worden war und forderte, diese Reform auszubauen und nicht rückgängig zu machen, wie es die NSDAP-Fraktion beabsichtigte. Sie reagierte damit auf einen NSDAP-Abgeordneten, der nicht nur verlangt hatte, alle Gemeinschaftsschulen zu verbieten und die vom Zentrum verlangten „Sammelklassen“ gleich mit, sondern sich auch in wüsten antisemitischen Beschimpfungen er-

² Der Text folgt hier und im Folgenden meiner Würdigung von Hildegard Wegscheider in meinem Buch: Der Preußische Landtag, Berlin 2011, besonders S. S. 278 f. Dort auch die Fundstellen für die Reden Wegscheiders im Landtag, besonders S. 452 f.

gangen hatte. In ihrer Erwiderung erinnerte Wegscheider an den zehn Jahre zuvor ermordeten Walther Rathenau und nannte die Rede des NSDAP-Abgeordneten einen Ausdruck der „inneren Ver lumpung“ einer Partei und ihrer Hintermänner.

Wegscheider war im Januar 1933 die letzte Sozialdemokratin, die im Preußischen Landtag, dem sie von 1920 an ununterbrochen angehörte, das Wort ergriff. Erneut standen „Schulfragen“ auf der Tagesordnung. Nachdem die NSDAP-Abgeordneten für eine Konfessionsschule eingetreten waren, in denen Menschen jüdischer Herkunft keinen Platz haben sollten, geißelte sie die „Heuchelei“, mit der sich die NSDAP des Christentums annehme, wenn es passend erscheine, während ihr Chefideologe Alfred Rosenberg den Papst als „Medizinmann“ diffamierte. Sie schloss ihre letzte Rede im Parlament mit dem Bekenntnis zur Schulreformpolitik der SPD. Das deutsche Volk werde seine Jugend so erziehen, „wie es diese Jugend braucht und wie die deutsche Sozialdemokratie es ihr verschaffen wird“. Nach dem „Preußenputsch“ von 1932 wartete der amtierende zuständige Minister nicht die „Machtübertragung“ an Hitler ab, um mit Wegscheider abzurechnen: „Natürlich verlor ich mein Amt. Am 1. Januar 1933 wurde mir zum 1. April gekündigt.“ Sie musste aber noch das Ende der Karl-Marx-Schule erleben. Fritz Karsen hatte schon Hausverbot, Wegscheider nahm ein letztes Mal die Abiturprüfung vor. Die mehrheitlich links organisierten Schüler_innen mussten enttäuscht erfahren, dass kein geringer Teil der Lehrer in die Nazi-Partei eintrat.

Zwangspensionierung

Am 5. März 1933 war Wegscheider noch einmal in den Landtag gewählt worden, der nur noch zweimal tagen sollte. Sie verzichtete jedoch am 3. Mai 1933 auf ihr Mandat – für das Protokoll war sie bereits eine Oberschulrätin im einstweiligen Ruhestand (i.e.R.) – und musste so das Trauerspiel am 18. Mai 1933 nicht mehr miterleben, als der Preußische Landtag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ebenfalls einem preußischen „Ermächtigungsgesetz“ zustimmte.

Am 27. Juli 1933 teilte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin der „Oberschulrätin i.e.R. Hildegard Wegscheider, geb. Ziegler“ mit, dass gegen sie das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933“ angewendet werden soll, denn: „Nach Ihrer langjährigen Mitgliedschaft bei der SPD und bei der Liga für Menschenrechte bieten Sie nicht die Gewähr dafür, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.³ Diese Vermutung traf in der Tat zu, denn Wegscheider dachte gar nicht daran, nach der erfolgten „Zwangspensionierung“ ihren Widerspruch und auch ihren Widerstand gegen den Nazi-Staat aufzugeben. Um Hildegard Wegscheider sammelte sich ein Kreis von Oppositionellen, und sie half „untergetauchten“ Menschen jüdischer Herkunft zu überleben. „Ihre kleine Wohnung bildete die Zufluchtsstätte von Verfolgten, vor allem von jüdischen Freunden“ (Franz Osterroth, S. 324).

³ Das Faksimile des Briefes ist abgedruckt in: Siegfried Mielke (Hrsg.), Einzigartig, Berlin 2008, S. 67. Dort auch die Information über Wegscheiders Dozententätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik in einer kurzen Würdigung von Wegscheider S. 66.

Neuanfang 1945 – 1953

Während des Krieges erkrankte sie schwer, aber viele Freund_innen und auch ihr Sohn sorgten für sie. Die Not während und nach dem Kriegsende überstand sie und sie war voller Tatendrang, – sie war inzwischen 74 Jahre alt – den politische Neubeginn mitzugestalten. Die von der KPD geleitete Berliner Schulverwaltung reizte sie nicht, aber als die SPD als Partei wieder zugelassen wurde, folgte sie gern dem Ruf der Genoss_innen. Die Wilmersdorfer SPD berief sie in den Kreisvorstand und sie war bald aktiv im Schul- und Kulturausschuss. Am 2. September 1946 wurde sie 75. Die SPD-Genoss_innen richteten eine große Geburtstagsfeier im Schöneberger Rathaus aus und überschütteten sie mit Geschenken. Das Wiedersehen und das Wiederfinden alter Freund_innen war die größte Freude. Eine Schule erhielt den Namen „Hildegard-Wegscheider-Oberschule“ (heute: Hildegard-Wegscheider-Gymnasium). Aktiv nahm sie auch am Wahlkampf teil, der der Berliner SPD in ganz Berlin einen großen Erfolg bringen sollte. Am 1. Oktober 1946 wandte sich Wegscheider in einem Flugblatt an die „lieben Wähler und Wählerinnen“, um für die SPD zu werben: „Wer aufbauen und arbeiten will, wählt SPD“.

Für mehrere Jahre war Wegscheider – bald schon 80 Jahre alt – noch Bezirksverordnete in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Wilmersdorf. Sie arbeitete im Schulausschuss der BVV und veröffentlichte Artikel in Zeitungen und Zeitschriften der Berliner SPD. In der ersten Nummer der von Louise Schroeder und Otto Suhr herausgegebenen Zeitschrift „Das Sozialistische Jahrhundert“, schrieb Hildegard Wegscheider über die „einzige Möglichkeit“, aus den Trümmern der Nachkriegszeit herauszukommen: Die „Gewinnung der Jugend“ sei die große Aufgabe der SPD. Deshalb müsse die Partei sich vor allem der Schulpolitik widmen und mit ihren Vorstellungen sowohl die Rückkehr zum Gymnasium, wie die CDU es wolle, wie auch die zentralisierte Schulpolitik der SED verhindern.⁴ Ab Heft 7/8 erschienen in derselben Zeitschrift in Fortsetzungen die Erinnerungen von Wegscheider und noch 1948 stellte sie unter dem Titel: „Dokumente der Selbstbesinnung“ neue Literatur vor.



Friedhof Wilmersdorf in Berlin; Grab von Hildegard Wegscheider. Ehrengrab des Landes Berlin (Axel Mauruszat, 5. April 2009.)

Hochbetagt starb sie am 4. April 1953 in ihrer alten Heimatstadt Berlin. Die Schülerinnen der Schule in Berlin-Grunewald, die ihren Namen trägt, bildeten „das Spalier, durch das der Sarg Hildegard Wegscheiders getragen wurde,“ (Bettina Michalski, S. 253). Die Erinnerung an die mutige Reformpädagogin Hildegard Wegscheider darf in Berlin nicht verblasen.

⁴ Vgl. Hildegard Wegscheider, „Die einzige Möglichkeit“, in: Das Sozialistische Jahrhundert. 1. Jg., Heft 1/2, 1946.

Autobiographie

„Weite Welt im engen Spiegel“. Erinnerungen, erschienen in Fortsetzungen in der Zeitschrift. „Das Sozialistische Jahrhundert,“ hrsg. von Louise Schroeder und Otto Suhr 1946- 1950, die Erinnerungen von Hildegard Wegscheider im Jahrgang 1, November 1946 – Oktober 1947. und als Buch: hrsg. von Susanne Suhr, Berlin 1953, 2. Auflage 1963.

Quellen

Bettina Michalski, Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, hrsg. vom Franz-Neumann-Archiv , Bonn 1996, S. 244-253.

Siegfried Heimann, Der Preußische Landtag 1899-1947. Eine politische Geschichte, Berlin 2011, besonders S. 278 f. und S. 252 f.

Siegfried Mielke (Hrsg.), Einzigartig , Berlin 2008, S. 66 f.

Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Band 1, Hannover 1960, 323 - 324.